

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 23.

Leipzig, den 5. Juni.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Blatte einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nimmt entgegen Herr G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn H. Nebel, Petersstraße 18. Für Dresden die Filialexpedition (interimistisch) W. Sendel, Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika &c. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: H. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Die sächsischen Landtagswahlen &c. — Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten. Aufruf der Leipziger Zimmergesellen. — Aufruf des Comité's der Int. Schuhmacher-Gewerkschaft. — An die Baugewerkschaften aller Staaten. — Zürich, Pforzheim, Nürnberg, Berlin, Dresden, Eisenberg, Leipzig. — Briefkasten. — Anzeige. — Beilage: Aufruf der Internationalen Manufaktur-Gewerkschaft. — Weiße Sklaven. — Bücherschau.

Politische Uebersicht.

Der Absolutismus, in welche Form er sich auch hüllen möge, ist in unserer, ihrem ganzen Grundzug nach demokratischen Zeit gleichbedeutend mit Gewaltherrschaft; nur durch Gewalt kann er aufrecht erhalten werden und die verkörperte Gewalt sind die stehenden Heere. Darum ist der Militarismus unzertrennlich von dem Absolutismus: man blicke nach Frankreich, Rußland, Preußen — in allen despotischen Staaten derselbe widerliche Soldatentumult, derselbe bürgerfeindliche Kasernengeist. Und obgleich ein preussischer General die Behauptung aufgestellt hat, „der Soldat sei produktiv“, so beweist doch die Geschichte der Gegenwart, daß es keinen zehnerfachen Krebschaden, keine das Mark der Völker methodischer ausgangende Einrichtung giebt, als die stehenden Heere. Wie die Seuchen dem Krieg, wie das Verbrechen der Noth, so folgt mit unwandelbarer Logik dem Militarismus die Volksverarmung, das Defizit, der Staatsbankrott. In Frankreich und Rußland sind diese Folgen seit Jahrzehnten zu Tage getreten: der dritte der großen Militärstaaten, Preußen, schien lange eine Ausnahme machen zu wollen. Die bewundernswürdige Geschicklichkeit, mit der in Preußen Alles dem Militarismus untergeordnet und angepaßt wurde, die oft gradezu knisterhafte Sparsamkeit auf allen anderen Gebieten, der mehr oder weniger volksthümliche Charakter der Landwehr und darum ihre vergleichungsweise Billigkeit — dies alles trug dazu bei, die preussischen Finanzen auf lange dem allgemeinen Fluch des Militarismus zu entziehen. Jedoch mit dem Jahre 1866 kam der Wendepunkt. Nachdem die Landwehr vermittelt der sogenannten Militärreorganisation zu einem Anhängsel des stehenden Heeres herabgewürdigt und in ein willenloses Werkzeug der Regierung umgeschaffen war, führte Graf Bismarck den bekannten Streich gegen die deutsche Einheit, wie die Deutschgesinnten, für die deutsche Einheit, wie die Preussischgesinnten sagen. Der Schlag gelang, so weit solche Schläge gelingen können — für den Augenblick. Preußen siegte, und die Besiegten hatten den preussischen Staatschatz mit Kriegskontributionen zu füllen. Der Nordbund begann somit unter den für einen Militärbund, was er ja ist, günstigsten Bedingungen.

Wohlan, erst dritthalb Jahre sind verstrichen, und schon ist der Nordbund bankrott; oder, um es genauer auszudrücken, der Hauptstaat des Nordbundes, Preußen, das 1866 die Kriegskontributionen einsackte, hat ein wachsendes, durch die

gewöhnliche, schon aufs höchste angespannte Besteuerung nicht zu deckendes Defizit, während die Vasallenstaaten, die zum Theil 1866 schwere Kriegskontributionen an Preußen zu bezahlen hatten, sich sämmtlich des geordneten Finanzwesens erfreuen, und nur durch den Bund mit Preußen in den Strudel des gemeinsamen Bankrotts hineingerissen werden.

Das Alles steht, schwarz auf weiß, in Ziffern, die gleich Soldaten aufmarschirt sind, in der jüngst veröffentlichten Denkschrift des preussischen Finanzministers.

Im Jahr 1867, heißt es darin, trat das Defizit hervor mit der Summe von 577,000 Thlr.; daß es sich nicht höher stellte, verdankte man lediglich den 3,232,000 Thlrn. die aus den noch nicht ausgefaugten annectirten Ländern gezogen wurden. Für das Jahr 1868 ergab sich dann ein „eigentliches Defizit“ von 9,863,437 Thlrn. „Wie dieses Defizit, welchem Betrage an nachträglich für das Jahr 1868 an den Norddeutschen Bund zu zahlenden Matrifularbeiträgen noch etwa 2,100,000 Thlr. hinzutreten, zu decken sein wird, muß weiterer Erwägung vorbehalten bleiben.“ Also ein Defizit von 12 Millionen! Und für 1869 und 1870 ein ähnliches Defizit in sichere Aussicht gestellt!

Um das Defizit zu decken, schlägt Hr. von der Heydt, der preussische Finanzminister, unter den 8 schon bekannten „neuen Steuern“ — (Branntweinsteuer (2,531,300 Thlr.), Biersteuer (1,250,000 Thlr.), Gassteuer (425,000 Thlr.), Wechselstempelsteuer, Börsensteuer (beide zusammen 2,260,000 Thlr.), Petroleumsteuer (308,000), Zuckersteuer (539,000 Thlr.) und Quittungstempelsteuer (800,000 Thlr.) — noch eine neunte Steuer — eine Steuer von 10 Prozent auf die Eisenbahnbillette mit muthmaßlichem Ertrage von 3,154,450 Thlrn. vor. In Allem sollen die 9 vorgeschlagenen Steuern 11,268,000 Thlr. jährlich einbringen. Davon würden auf Preußen 9½ Million fallen, was „allerdings nicht vollständig zur Deckung des Defizits ausreichen, aber immerhin die Mittel gewähren würde, den Staatshaushalt mit einem knappen Etat ohne wesentlichen Nachtheil für das Land weiter zu führen.“

Zur Charakteristik des Nordbundes sei noch bemerkt, daß das Gesamtbudget für 1868 75,790,000 Thlr. beträgt, wovon 74,976,000 Thlr. auf das Militär und die Marine kommen; und daß das Budget für das laufende Jahr auf 77,700,000 festgesetzt ist, wovon 76,400,000 Thlr. für Armee und Flotte! Da sage noch Einer, der Militarismus sei nicht die Seele des Norddeutschen Sonderbundes!

Bezeichnend ist, daß in der Denkschrift des Finanzministers von dem Militärbudget, der Wurzel des Übels, mit keiner Silbe die Rede ist, und daß auch die Rationalliberalen in der Steuer-Debatte des Militärbudgets mit keiner Silbe erwähnt haben. Im Haus des Erbkönigs spricht man nicht vom Strid, sagt das Sprichwort. Ein Redner der Fortschrittspartei, Hr. Löwe (von Calwe), wies allerdings auf Beschnidung des Militärbudgets, als das einzige Heilmittel,

hin, allein seinen Worten wurde dadurch die Spitze abgebrochen, daß die Fortschrittspartei sich auf den Boden der Annexionspolitik gestellt hat und folglich, da sie A gesagt, auch B sagen muß. Die Herren Fortschrittler gleichen jenem Mann, der zufällig in den Besitz gestohlenen Eigenthums gekommen war, und dasselbe behalten, aber doch auch ein ehrlicher Mann bleiben wollte. Er behielt es und wanderte schließlich an den Galgen. Wer die Annexionen behalten will, muß auch das stehende Heer behalten, denn nur durch dieses können sie behauptet und vertheidigt werden. Also: Entweder Bruch, vollständiger Bruch mit der Annexionspolitik.

Oder: Mitgegangen, mitgehangen.

Aus diesem Dilemma wird die preussische Fortschrittspartei sich durch keinen Trugschluß herauswinden.

Das wurde ihr recht unangenehm klar gemacht bei Diskussion des „Hagen'schen Antrags“, der darauf hinausging, die berüchtigte preussische Militärverordnung, welche die Befreiung der Militärpersonen von den Gemeindeabgaben für alle Nordbundsstaaten dekretirt, außer Kraft zu setzen. An sich war der Antrag eine lächerliche Inkonsequenz. Das Militärbudget mit seinen 76 Millionen wagt man nicht anzutasten, — über ein paar Tausende von Thälern, die den Gemeinden aufgewälzt werden, ereifert man sich! Die Annexionen, diesen brutalsten Eingriff in das Recht ganzer Stämme hat man gutgeheißen, und über einen winzigen Eingriff in das Recht der Gemeindeverwaltung geräth man in fittliche Entrüstung! Schöner konnte die Fortschrittspartei das biblische Wort vom Elefantenverschlucken und Rückenfeihen nicht illustriren. Hr. Hagen, der Antragsteller, hatte sogar die Kindlichkeit, an den Satz zu erinnern: *justitia fundamentum regnorum* — die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche. Darauf gab ihm der Kriegsminister Roon die realpolitische und niederschmetternde Antwort: „Die Siege der Armee haben diesen Bund und diesen Reichstag erst möglich gemacht.“ Und Moltke, der „geniale“ Feldherr, der die Siege von 1866 „organisirt“ hat, erklärte, die bürgerliche Canaille habe in die soldatischen Angelegenheiten nicht hineinzureden, der Soldat habe mit dem Bürger nichts gemein, und der Bürger, statt dem Soldaten seine Privilegien zu beneiden, muß ihm im Gegentheil zu Dank verpflichtet sein.

Natürlich fiel der Hagen'sche Antrag durch, und wurde eine Resolution angenommen, die nicht Fisch, nicht Fleisch ist, einen frommen Wunsch ausdrückt und — hübsch Alles beim Alten läßt. Die Armee hat ja den „Bund und den Reichstag erst möglich gemacht“. Wie konnte der Reichstag sich gegen die Armee, seine Mutter, empören? — Erwähnt sei hier noch des Auftretens des heftigen Bundesrathsbevollmächtigten, der die Unzufriedenheit seiner Regierung mit der betreffenden Militärverordnung energisch ausdrückte. Bereits im Zollparlament trat der heftige Bevollmächtigte furchtlos gegen Hr. von Bismarck auf. Die kleinen Bundesregierungen haben aufgehört, Preußen zu fürchten. Und das läßt auf Manches schließen. —

Um seine Zämmerlichkeit zu verhüllen, hat der „Reichstag“ einige der neuen Steuern verworfen. Ob er alle endgültig verwerfen wird, ist jedoch sehr die Frage.

Das Zollparlament tritt am 3. Juni (nicht am 2., wie ein Druckfehler in unsrer letzten Nummer besagte) zusammen, und der Reichstag wird sich fortlangweilen. Auch das preussische Abgeordnetenhaus soll nächstens berufen werden, und köstlich wäre es, hätten diese drei Körperschaften gleichzeitig zu tagen. Da die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, des Reichstags und des Zollparlaments aus den nämlichen Personen besteht, würde dann der Norddeutsche Parlamentarismus in klassischer Weise (ad absurdum*) geführt werden.

Wenn wir die Bedeutung des bayrischen Wahlergebnisses würdigen wollen, müssen wir die Zusammensetzung des neuen Landtags mit der des vorigen vergleichen. Im letzten Landtag zählte, außer dem Demokraten Kolb und 7 „wilden“, keiner Partei bestimmt angehörenden Mitgliedern, die „Mittel-

partei“, welche die zu Preußen hinneigende Politik Hohenlohe's unterstützt und auf dem Boden der Militärverträge steht, 76, die Fortschrittspartei, welche für den Anschluß an Preußen ist, 45 und die preußenfeindliche liberale Partei 25 Mitglieder. In der neuen Kammer zählt die Mittelpartei 20, die Fortschrittspartei 57 und die liberale Partei 76 Stimmen. Die Mittelpartei hat also 56 Sitze verloren, während die Fortschrittspartei 12 und die liberale Partei 51 gewonnen hat. Das in der Mittelpartei und Fortschrittspartei vertretene preußenfreundliche Element hat demnach im Ganzen 44 Sitze verloren, das preußenfeindliche 51 gewonnen. Der Eine große deutsche Demokrat, Kolb, der auch in die neue Kammer gewählt ist, wird bei allen entscheidenden Abstimmungen den Ausschlag im deutschen Sinn geben können, um so gewisser, als sich unter den der „Fortschrittspartei“ zugerechneten Mitgliedern mehrere befinden, die von ihren preussischen Tendenzen geheilt worden sind. Bedenkt man, daß die Fortschrittspartei in ihrem Wahlprogramme die annexionistischen Bestrebungen verläugnet hat, bedenkt man ferner, daß das bayrische Wahlgesetz die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, welche das Großpreuthum haßt, des Wahlrechts beraubt hat, so erhellt, daß das bayrische Bürgerthum, welches bisher in seiner Majorität preußenfreundlich gesinnt war, zum größeren Theil von seinem Wahn zurückgekommen ist.

Seit Graf Bismarck seine „nationale“, „deutsche“ Politik durch Bildung einer ungarischen Legion bethätigte, ist Ungarn unangesehnt der Gegenstand preussischer Aufmerksamkeiten gewesen, wie weiland in der Note des Hrn. Werther, des preussischen Gesandten am österreichischen Hofe, entwickelt ward. Nach einem Wiener Wochenblatt, dem „Östen“, würde neuerdings zwischen dem Stofz- und Herz-Grafen und Hrn. Kossuth über folgende Punkte verhandelt:

Von Seite Kossuth's verpflichtet man sich im Namen der Partei: 1) im Falle eines preussisch-französischen Konfliktes die österreichische Neutralität unter allen Umständen — wenn nicht anders, auch durch offene Revolution — zu erzwingen; 2) auf vollständige Selbstständigkeit der Honved-Armee, Beerdigung derselben auf die Verfassung und ausschließliche Verwendung derselben innerhalb der Landesgrenzen zu bestehen.

Von Seite Preußens verpflichtet man sich: 1) zu Geldsubsidien in bedeutender Höhe für den Fall einer Aktion; 2) allen direkten und indirekten Einfluß des preussischen Kabinetts, besonders im Orient, in Rumänien, Serbien u. s. w. dahin geltend zu machen, um bei einem etwaigen Zerfall Oesterreichs Ungarn als ein selbstständiges Reich in die europäische Staatenfamilie einzuführen.

Das sind die Hauptpunkte der von beiden Seiten gleich ernstlich angestrebten Abmachung; einige mehr persönliche Dinge will ich aus dem Spiele lassen. Zu definitiven Abmachungen ist es bis zur Stunde noch nicht gekommen, da Kossuth noch mit seinem letzten Worte zurückhält. Kommt es aber zu solchen, so dürfte Herr von Bismarck wieder die Rechnung ohne den Wirth gemacht und sich über die faktische Stärke einer ungarischen „Aktionspartei“, wie er sie zu einem Stoße gegen Oesterreich bereit haben will, entschieden Illusionen hingeeben haben.

Wir wissen nicht, ob die Mittheilungen des „Östen“ richtig sind; was wir aber wissen, ist, daß Herr Kossuth, dessen Gesinnungslosigkeit und Feilheit wir seiner Zeit im „Demokratischen Wochenblatt“ an den Pranger stellten, wohl fähig ist, sich an Bismarck zu verkaufen.

Das Resultat der französischen Wahlen erscheint um so bedeutungsvoller, je genauer man es betrachtet. Die Opposition hat gleich bei der ersten Abstimmung 29 Sitze errungen — 4 mehr als sie in der vorigen Kammer hatte; und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie in den meisten der bevorstehenden 59 Stichwahlen den Sieg davon tragen wird. Die Opposition wird voraussichtlich fast den vierten Theil des gesetzgebenden Körpers bilden, was bei dem, Seitens der Regierung ausgeübten Druck auf eine, unsre kühnsten Hoffnungen

*) in seiner Widersinnigkeit gezeigt werden.

übertreffende Kraft des Widerstandsgeists schließen läßt. Aber noch günstiger gestaltet sich das Verhältniß, wenn wir die bei der ersten Abstimmung in ganz Frankreich für und wider die Regierung abgegebenen Stimmen nebeneinanderstellen.

Für die Regierung 4,500,000.

Gegen die Regierung 3,400,000!

Drei Millionen, viermal hunderttausend „unversöhnliche Feinde“ des Kaiserreichs!

Im Jahr 1857 waren es nur 571,000; bei der Wahl von 1863 waren es schon 1,900,000 und jetzt 3,400,000! Der Kaiser möge sich hüten!

Und die Hauptstadt marschirt dem Lande voran. Paris war nie bonapartistisch, aber eine Zeit lang war es gelähmt. Wie es sich allmählig erholt, welch kolossalen Aufschwung die Opposition, die in Paris und überhaupt in Frankreich wesentlich republikanisch ist, in dem letzten Jahrzehnt genommen hat, zeigt ein vergleichender Blick auf die sämtlichen Pariser Wahlen seit Errichtung des Kaiserreichs.

Im Jahr 1852, unmittelbar nach dem Staatsstreich wurden sieben Regierungsfreunde — Guyard-Delalain, Devinc, Perrot, Fouché-Lepelletier, Lauquetin, Königswarter und Dr. Veron — und zwei Republikaner: Carnot und Cavaignac gewählt. Die beiden letzteren verweigerten den Eid und räumten ihren Sitz, — eine Ersatzwahl ward nicht vorgenommen;

1857 wurden gewählt: vier Regierungsfreunde — Guyard-Delalain, Devinc, Königswarter und Fouché-Lepelletier, — und fünf Regierungsgegner: Carnot, Cavaignac, Goudchaux, Ollivier und Darimon. Die drei ersteren der Oppositionskandidaten verweigerten den Eid und wurden bei der Nachwahl durch General Perrot, einen Regierungsfreund, und Picard und Jules Favre, Regierungsgegner ersetzt;

1863 ward kein Regierungsfreund gewählt. Die neun Gewählten: Havin, Thiers, Ollivier, Picard, Favre, Guérault, Darimon, Simon, Pelletan gehörten den verschiedenen Schattirungen der Opposition an. Statt Havin's und Favre's, die für Provinzialdistrikte annahmen, wurde Carnot und Garnier PAGES gewählt, von denen der erstere nun den Eid leistete.

Die gegenwärtige Wahl ist noch nicht zu Ende. Gewiß ist aber, daß kein Regierungskandidat durchdringen, und nur „unversöhnliche“ Gegner der Regierung durchgehen werden.

Noch augenfälliger tritt uns die wachsende Macht der Opposition in den Zahlen der Wähler entgegen, die bei den verschiedenen Wahlen in Paris gegen die Regierung stimmten.

1852: 86,101. 1857: 101,207.

1863: 149,406. 1869: 231,778.

Jetzt enthält Paris in runder Summe 400,000 Wähler. Von diesen haben sich 90,000 enthalten und 305,531 gestimmt; für die Regierung bloß 74,504, d. h. 9000 weniger als bei der vorhergehenden Wahl, während die Feinde der Regierung seit 1863 über 80,000 Stimmen gewonnen haben. Paris ist nicht Frankreich. Aber es schlägt die Freiheitskämpfe Frankreichs. Bonaparte möge sich hüten!

In Spanien hat die republikanische Partei eine abwartende Haltung angenommen. Ob das klug ist, oder nicht, muß die Zukunft lehren. Die Delegirten der republikanischen Comité's in Barcelona, Tarragona, Lerida, Valencia, Castellon, Tarnel, Saragossa, Hueska und derjenigen auf den Balearischen Inseln sind zu Tortosa zusammengetreten und haben folgende Resolutionen angenommen: „1) Die republikanische Partei von Catalonien und Aragonien ist der Ansicht, daß die Abstimmung zu Gunsten der Monarchie keine Veranlassung zur bewaffneten Erhebung gegen die konstituierenden Cortes bieten dürfte, aber sie protestirt energisch und feierlich gegen diese Abstimmung, welche furchtbare Folgen haben kann. 2) Die Haltung der republikanischen Partei muß so lange friedlich und zuwartend bleiben, als die von der Revolution proklamirten Rechte nicht offen verlegt werden. 3) Die conföderirten Republikaner der Provinzen, welche ehemals das Königreich Aragonien bildeten, werden stets in allen Fragen über die ein-

zunehmende Haltung zusammengehen. 4) Die föderale Junta dieser Provinz wird ein Manifest zu Gunsten der Föderativrepublik an das Land richten.“ Diese 4 Artikel bilden den sogenannten „Pakt von Tortosa“. Es ist zu hoffen, daß dies Beispiel bei den Republikanern der übrigen Provinzen rasche Nachahmung finden wird.

In einer der letzten Sitzungen der Königsberger Stadtverordneten, wo es sich um die Wahl eines Mitglieds der Provinzialstände handelte, gab Johann Jacoby folgende Erklärung ab:

„Ich halte das Bestehen der Provinzialstände für verfassungswidrig und werde daher nicht wählen. Die Ausführung des Herrn Referenten brauche ich nicht zu widerlegen, da bereits in der letzten Versammlung unser geehrter Vorsitzender die betreffenden Gesetze vorgelesen und zur Genüge dargethan hat, daß die Provinzialstände zwar de facto,*) aber nicht de jure**) bestehen. Auch alle andern Redner haben sich in gleichem Sinne ausgesprochen; trotzdem glaubten sie wählen zu müssen, weil die Stände über öffentliche Gelder, Provinzial-Anstalten u. dgl. zu verfügen haben und möglicherweise aus einer Wahlenthaltung der Stadt Nachtheil erwachsen könne. — Heute tritt die Frage aufs Neue an uns heran, — und obwohl ich nicht hoffen kann, Diejenigen zu überzeugen, die um jeden Preis wählen wollen, halte ich es doch für Pflicht, Sie nochmals auf die Wichtigkeit und Bedeutsamkeit des Schrittes aufmerksam zu machen, den man Ihnen anmuthet. Man sagt: Nützlichkeitsgründe rechtfertigten die Bornahme der Wahl. Ich will nicht untersuchen, inwieweit die Gründe, die man anführt, richtig sind oder nicht; so viel aber steht für mich fest: wäre der materielle Schaden des Nichtwählens noch so groß, der moralische Schaden des Wählens ist jedenfalls von unvergleichbar größerem Gewicht. Im konstitutionellen Staate — und in einem solchen leben wir doch — liegt vor Allem dem Bürger die Pflicht ob, für Aufrechterhaltung der Verfassung einzustehen; weder Aussicht auf Nutzen, noch Furcht vor irgend einem Nachtheil darf ihn bewegen, Etwas zu thun, gutzuheißen oder zu unterstützen, was der Verfassung zuwiderläuft. Handeln Sie anders, meine Herren, lassen Sie — da, wo es sich um eine Verfassungsfrage handelt, — durch Nützlichkeitsgründe sich bestimmen, dann darf es Sie nicht wundern, noch weniger dürfen Sie sich darüber beklagen, wenn auch die Regierung ihrerseits die Verfassung unbeachtet läßt, so oft ihr dies für das Gemeinwohl nützlich und zweckmäßig erscheint. Erwägen Sie wohl, was Sie thun! Politische Gewissenhaftigkeit ist der einzig wirksame Schutz für die Unverbrüchlichkeit der Verfassung; nehmen Sie der Verfassung diesen moralischen Halt, dann ist sie keinen Pfennig mehr werth, als jedes andere Stück Papier. — Man wird Ihnen vielleicht sagen: ich sei kein politischer Mann, ich huldige dem verderblichen Grundsatz: fiat justitia, pereat mundus***). Sie sollen sich nicht verleiten lassen, einen unpraktischen Schritt zu thun, der das Interesse der Stadt beeinträchtigen könnte. Nun, meine Herren, ich acceptire den Grundsatz fiat justitia etc., meine Uebersetzung aber lautet: Thue recht und fürchte nicht, daß deshalb die Welt zu Grunde gehe: Und so rufe ich auch Ihnen zu: Thun Sie recht, meine Herren, und fürchten Sie nicht, daß die Stadt Schaden erleide!“

In der Debatte über den Hagen'schen Antrag meldete sich der Reichstagsabgeordnete Liebknecht siebenmal zum Wort; obgleich er sich möglichst bemerkbar machte, gelang es ihm nicht ein einziges mal, das „Auge“ des Präsidenten auf sich zu lenken. Gleich gewöhnlichen Sterblichen sind Reichstagspräsidenten nicht allsehend, und — die alte Rednerliste hat doch ihre Vortheile.

*) Thatsächlich. **) Rechtlich, zu Recht.

***) „Das Recht muß zur Geltung gebracht werden, und wenn die Welt darüber zu Grunde geht“

Die sächsischen Landtagswahlen und die Haltung der Volkspartei. *)

Am 4. Juni sollen die sächsischen Landtagswahlen auf Grund des neuen Wahlgesetzes vor sich gehen.

Die Volkspartei wird, nach dem Beschlusse ihrer Landesversammlung, keinen Anlaß finden, sich daran zu betheiligen.

Immerhin wird es unsern Lesern, auch beim Mangel eines unmittelbaren praktischen Interesses, erwünscht sein, einige Bemerkungen über die Landtagswahl von unserm Standpunkt aus hier aufgenommen zu finden.

Das erste Bedenken, welches dem Wahlgesetze vom 3. Dez. 1868, nach welchem die Wahl vorgenommen wird, entgegensteht, ist sein Ursprung. Es fußt auf der Reaktivierung (Wiederintraffsetzung) des Wahlgesetzes von 1831 durch die Verordnungen vom 3. Juni 1850, und schon deshalb kann die Volkspartei sich nicht an der Wahl betheiligen.

Aus diesen oktroyirten Zuständen heraus gibt es nur Einen Weg, will man nicht auf das Wahlgesetz von 1848 zurückgehen: die Einführung des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts, das seine Berechtigung in sich selbst trägt, und bei dem jedem erwachsenen Staatsbürger die Möglichkeit, das angeborene Recht, gut regiert zu werden, geltend zu machen, in die Wahl gegeben wird.

Das Wahlgesetz vom 3. Dez. 1868 hat diesen Weg nicht eingeschlagen. Es hat mit dem Mangel seines Ursprungs, trotz mancher eingeführten Verbesserungen, auch den verwerflichen Grundsatz jener Reaktivierung beibehalten, den bei weitem größeren Theil der Staatsbürger vom aktiven**, noch mehr aber vom passiven*** Wahlrecht auszuschließen.

Es macht die Wahlberechtigung zur zweiten Kammer von einem Zensus direkter Steuern von jährlich 1 Thlr., die Wahlbarkeit von einem Zensus von jährlich 10 Thln., abgesehen von den außerdem aufgestellten Erfordernissen der dreijährigen Staatsangehörigkeit und der Erfüllung des 25. Lebensjahres für das Wahlrecht, des 30. für die Wahlbarkeit, abhängig.

Damit ist dann der bei weitem größte Theil der Arbeiter von dem Wahlrecht, sind alle Arbeiter von der Wahlbarkeit ausgeschlossen.

Den Interessen der Arbeiter ist damit grundsätzlich eine Vertretung in der zweiten Kammer verweigert.

Die Verbesserungen gegen die früheren Wahlgesetze, daß dreijähriger Grundbesitz, dreijährige Gemeinde-Mitgliedschaft am Orte (Bezirkszwang) nicht mehr erfordert wird, sind für die Arbeiter gleichgültig.

Die Zahl der solchergestalt von der Wahl ausgeschlossenen erwachsenen Männer ist vom Ministertische aus auf 150,000 geschätzt worden.

Wenn man bedenkt, wie die indirekten Steuern vorzugsweise von den unbemittelten Klassen der Bevölkerung aufgebracht werden, dann liegt die Frage nahe, warum das Merkmal politischen Verständnisses vorzugsweise in den direkten Steuern gesucht wird, und mit welchem Recht diejenigen, welche sie entrichten, in Gesetzgebung und Steuerverwilligung über Wohl und Wehe der Ausgeschlossenen verfügen sollen?

Es wird da ein Gegensatz aufrecht erhalten, der mit einem gesunden Staatsleben unverträglich ist, und welcher vor Allem einem Staate schädlich sein muß, welcher in seiner gefährdeten Lage der Anhänglichkeit aller Schichten der Bevölkerung sich versichern sollte.

Für die Volkspartei bietet das neue Wahlgesetz zwar die Aussicht, daß sie in einer Anzahl von Bezirken, wo außer den

Arbeitern auch der mittlere Bürgerstand zu ihr zählt, Candidaten durchzusetzen hoffen könnte.

Allein mit einem Verfassungswert, wie dem geschilderten, darf man sich nicht auf Compromisse einlassen.

Mit viel mehr Aussicht auf Erfolg wird die Volkspartei die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts fordern, wenn Keiner ihrer Angehörigen auf den Boden der Reaktivierung und Oktroyierung getreten ist.

Auch die bisherigen Aenderungen der oktroyirten Wahlgesetze sind nicht aus dem freien Antriebe der Majorität in der 2. Kammer, sie sind durch die Agitation außerhalb der Kammer gekommen, und in dieser Agitation fortzuführen, sie zu verdoppeln, ist unsere Pflicht.

Das kennzeichnet übrigens auch die Stellung der Volkspartei zur Fortschrittspartei und zu den Nationalliberalen, welche seiner Zeit für das Wahlgesetz von 1848 sich ereifert haben, nun aber wohlgemuth an der Wahl sich betheiligen, ja theilweise, wie es scheint, zu gemeinsamen Candidaten sich vereinigt haben.

Eine sonderbare Art von Landtag wird übrigens, allem Anscheine nach, zusammentreten. Die feinen Schattirungen der „Bundesstaatlich-Conservativen“, die sich mit dem Nordbünd verhöht haben, der „National-Liberalen“ und der „Fortschrittspartei“ von einander zu unterscheiden, dürfte den Angehörigen dieser Parteien selbst sehr schwer werden, wie denn in Dresden die „Fortschrittspartei“ unter Anderen eine Liste von Candidaten aufgestellt hat, auf welcher in trauter Gemeinschaft mit den früher fortschrittlichen Gegnern ein Candidat empfohlen wird, der nach seinen bisherigen Antecedentien der Klasse der „conservativ“ oder „bundesstaatlich-konstitutionell“ bezeichneten Partei zugezählt werden müßte.

Jedenfalls wird ein sanfter Annerkennungsdrang mehr und mehr im Vergleich mit frühern Landtagen sich geltend machen, während die Elemente des Widerstandes in den sogenannten „Conservativen“ theilweise gemindert erscheinen werden, neue Widerstandskräfte aber, wie sie die Volkspartei gestellt haben würde, von vornherein ausgeschlossen sind.

Bei der nicht geringen Anzahl ganz neuer „Kräfte“ (an Nachwuchs fehlt es eigentlich allen alten Parteien, wie denn für eine ziemliche Anzahl von Bezirken überhaupt nur ein Candidat bei drei sich betheiligenden Parteien aufgestellt ist), welche, nach den Candidatenlisten zu urtheilen, in die Kammer eintreten werden, darf man auf wunderliche Kapriolen des Miniaturparlamentarismus gefaßt sein. —

Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen in Sachsen!

Von den verschiedensten Seiten kommen uns Klagen zu über die Schwierigkeiten, welche die Behörden der Selbstverwaltung der Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassen in den Weg stellen. Wir fordern unsere Parteigenossen auf, mit aller Entschiedenheit ihre Rechte zu wahren. Den Umfang dieser Rechte schreibt das Gesetz vom 23. Juni und die Verordnung vom 15. Oktober 1868 vor. Die Parteigenossen werden gut thun, wenn sie sich das neue Gewerbe-Gesetz, das die oben angegebenen Bestimmungen enthält und in jeder Buchhandlung zu haben ist, anschaffen. Die Arbeiter sind in ihrem Rechte vielfach beschränkt, um so energischer wahre man das Recht, wo man, wie hier, es in der Hand hat.

Leipzig, 2. Juni 1869.

Für den Vorort: Bebel.

Eine 8—10tägige Agitationsreise, die ich vom 5. d. M. an zu unternehmen habe, veranlaßt mich, darauf aufmerksam zu machen, daß, falls an mich eingehende Briefe nicht sofort beantwortet werden, dies dem Umstand meiner Abwesenheit zugeschrieben ist.

Leipzig, 2. Juni 1869.

Bebel.

*) Dieser Artikel trat zu spät für die letzte Nummer ein; obgleich beim Erscheinen dieser Nummer die Landtagswahlen beendet sind, so theilen wir den Artikel doch seines belehrenden Charakters wegen noch mit.

**) Recht, zu wählen.

***) Recht, gewählt zu werden.

An die Arbeiter aller Berufsarten!

Die Zimmergesellen in Leipzig, 1100 an Zahl, haben heute die Arbeit eingestellt, und zwar aus folgendem Grunde.

Die hiesigen Gesellen erhielten bisher für den 12 stündigen Arbeitstag (6—7 Uhr) 18 bis 22 Groschen; dasselbe für Sonntagsarbeit von 6—5 Uhr. Ueberstunden wurden in demselben Verhältniß bezahlt. Da wir Zimmerleute nun im Jahre höchstens 210 bis 240 Arbeits- und Verdienstage haben, so folgt, daß ein mittlerer Arbeiter bisher höchstens 140—160 Thlr. verdienen konnte, also wöchentlich kaum 3 Thlr. Davon aber selbst eine kleine Familie zu ernähren, ist bei den stets steigenden Preisen der Lebensmittel von Tag zu Tag weniger möglich, geschweige denn eine zahlreichere Familie. Wir waren daher genöthigt, die Herren Meister um Lohnerhöhung zu bitten und es geschah dies auf einstimmigen Beschluß. Die von uns geforderten Lohnsätze waren, je nach der Jahres- und Arbeitszeit, für Wochentage:

von 6 Uhr Morgs. bis 7 Uhr Abds.	1 Thlr. — Gr.
= 6 = = 6 = =	= 27 1/2 =
= 7 = = 5 = =	= 22 1/2 =
= 7 1/2 = = 4 1/2 = =	= 20 =

und für Sonntagsarbeit:

von 6 Uhr Morgs. bis 5 Uhr Abds.	1 Thlr. 10 Gr.
= 7 = = 4 = =	= 1 = 4 =
= 7 1/2 = = 3 = =	= 1 = — =

Nach diesem Lohn-Tarif würde durchschnittlich ein Arbeiter etwa folgendes Einkommen haben:

a) von Wochentagen: 115 Arbeitstage von 6 bis 7 Uhr	115 Thlr.
48 = = 6 = 6 =	44 =
24 = = 7 = 5 =	18 =
24 = = 7 1/2 = 4 1/2 =	16 =
b) von Sonntagsarbeit 12 Sonntage	6 = 5 = 16 =
10 = = 7 = 4 =	11 1/2 =
5 = = 7 1/2 = 3 =	5 =

im Ganzen 238 Arbeitstage jährlich für 225 1/2 Thlr. oder wöchentlich, wenn die Arbeit flott geht und keine Unterbrechung leidet, noch nicht ganz 4 1/2 Thlr., wovon noch ein namhaftes Geld für Anschaffung und Reparatur des Geschäftes abgeht. Ist das bei unserer so harten und lebensgefährlichen Arbeit eine unbillige Forderung?

Nachdem wir nun zuerst am 10. Mai den Herren Meistern unsere Forderung brieflich mitgetheilt und begründet hatten, luden wir sie nochmals zu einer Zusammenkunft ein, um uns gütlich zu verständigen. Es erschienen im Ganzen 8 Meister, von denen einer noch einen neunten vertrat. Diese 9 Herren nun konnten sich der traurigen Lage, in der wir uns befinden, und der Nothwendigkeit einer Verbesserung nicht verschließen, erklärten aber, daß sie nicht einseitig und vereinzelt vorgehen könnten.

Wir waren also genöthigt, die Arbeit einzustellen.

Am letzten Freitag (28. Mai) ist dieser Beschluß von 7—800 Zimmergesellen einstimmig gefaßt und im Pantheon einer Arbeiterversammlung von 3000 Personen vorgelegt und ebenfalls einstimmig gebilligt worden.

Wir sind fest entschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, als bis unsere gerechten Forderungen bewilligt und durch die Unterschriften der Herren Meister anerkannt sind.

Um aber siegen zu können, bedürfen wir eures Beistands, Kameraden. Nicht auf unsere Stärke allein hin haben wir den Kampf mit dem Kapital aufgenommen, sondern im sicheren Vertrauen auf eure brüderliche Hilfe. Ihr wißt, daß unsere Lage auch die eure ist, unser Kampf der eure, unser Sieg der eure. Wir ersuchen euch daher, uns so rasch als möglich mit Geldbeiträgen zu unterstützen; die Listen der eingehenden Beiträge sollen in den Parteiorganen veröffentlicht und über die Verwendung der Gelder ebenso Rechnung abgelegt werden.

Leipzig, 31. Mai 1869. Mit brüderlichem Grusse

Die Strife-Kommission.

A. Georg.

Gelder und Briefe sind zu adressiren an: A. Georg, Frege-straße Nr. 11, Leipzig.

An die Schuhmacher aller Länder!

Der Ruf nach Vereinigung durchdringt bereits die ganze Arbeiterwelt! Im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden, ein Glied nach dem Andern schließt sich der allgemeinen Arbeiterbewegung an! Und was ist es, was alle diese Arbeitergruppen veranlaßt, sich zu vereinigen und zu organisiren? —

Es ist das Bewußtsein, daß der Einzelne im Kampfe um die Existenz, um ein menschenwürdiges Dasein untergehen muß. Auch in unsrer Branche ist das Sprichwort: „daß das Handwerk einen goldenen Boden hat,“ zur Lüge geworden!

Auch im Schuhmachergewerbe wird es dem Einzelnen immer schwerer, immer unmöglicher, zum selbständigen Betriebe seines Geschäftes zu gelangen! Immer abhängiger, immer ohnmächtiger wird auch der fleißigste Arbeiter und Kleinmeister dem Großkapital und der Großindustrie gegenüber. Die Concurrenz der Großproduktion, welcher der Nutzen und Vortheil der Arbeitstheilung zufällt, drückt Tausende und aber Tausende herab zu einfachen Fabrik- und Lohnarbeitern, die auch bei der angestrengtesten Thätigkeit nicht so viel verdienen, als zur allernothwendigsten Befriedigung der Lebensbedürfnisse ausreicht.

Gewerksgenossen! ermannet Euch zum Handeln! Legt ab alle Gleichgültigkeit, alle Faulheit und alles Mißtrauen! Lernt es erkennen: daß die Interessen der Arbeiter überall die gleichen sind! Verbindet Euch zum Schutz und Trutz gegen Brutalität und Inhumanität des immer mächtiger werdenden Großkapitals, bedenkt, daß wenn Eure Arbeitskraft erschöpft ist und Ihr alt und gebrechlich werdet, Euch Noth und Elend bevorsteht! Lernt aber auch einsehen, daß Ihr nur durch Vereinigung Eure Lage bessern, einem sorgenfreien Lebensabend entgegen gehn könnt. Macht Ehre unfrem Hans Sachs und Jakob Böhme, die, obgleich sie schlichte Arbeiter, wie wir, waren, schon vor Jahrhunderten für Licht und Wahrheit kämpften! Tretet ein mit uns in den Kampf für Humanität und Gerechtigkeit für Alle und ehrt somit das Andenken oben genannter, unfrem Gewerte einst angehörender Männer! Groß an Zahl, wie wir sind, ist eine tüchtige Organisation das Allernothwendigste. Eine solche zu schaffen, war unser Hauptbestreben. Wir legen sie Euch in dem beigegeführten Statut vor. Dasselbe ist geeignet, die Kollegen in und außer Deutschland mit einem festen Bande zu umschlingen, geleitet von einheitlichem Willen, den zu bestimmen in Eurer Macht liegt. Wie das Kapital nicht nach Landes- und Nationalitätsgrenzen fragt, wenn es sich um Nutzen und Gewinn handelt, so muß auch der von ihm ausgebeutete Arbeiterstand ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen sich zu verbinden suchen. Es soll nicht gesagt sein, daß dieser Organisationsplan nicht zu verbessern sei! Wir betrachten ihn vielmehr nur als Provisorium, das endgültig festzustellen einer Generalversammlung, befehligt von Euren Vertretern, vorbehalten bleiben soll! Vorläufig aber gilt es, sich überall auf Grund unfres Entwurfes zu vereinigen und dazu, Gewerksgenossen! fordern wir Euch dringend auf! Tretet zusammen! Vereinigt Euch! Sei die Zahl auch noch so klein, und habt Ihr die im § 20 des Statuts genannten Beamten gewählt, so zeigt uns dies an! Sobald eine Anzahl Orte sich auf Grund unfres Entwurfes konstituiert haben, werden wir eine Generalversammlung einberufen und hoffen wir dieses bis Ende Juli oder Anfangs August dieses Jahres thun zu können.

Zum Schluß rufen wir Euch nochmals zu:

Unterstützt uns durch Eure Theilnahme in unfrem Vorhaben, das der Hebung unserer materiellen Lage gilt, damit sich immer dichter und fester schließe jene große Kette von Arbeiterverbänden, die unter dem Namen: „Gewerksgenossenschaften“ dem Arbeiterstande eine bessere Zukunft und ein menschenwürdiges Dasein bereiten sollen! Leipzig, 1. Juni 1869.

Mit collegialischem Gruß und Handschlag:

Das Comité der Internationalen Gewerksgenossenschaft der Schuhmacher.

Staub, Vorsitzender, Ulrich, Hammer, Heidler, Rosenbaum, Illert, Windler, Hanke.

Anfragen und Zuschriften erbeten unter der Adresse:

Peter Ulrich, Gewandgäßchen Nr. 4.

An die Bangewerksgegnossen aller Staaten!

Kameraden und Berufsgegnossen!

Welcher Nationalität Ihr auch angehören, welche Sprache Ihr auch sprechen möget, Eines haben wir doch Alle gemeinsam in unserm schwierigen Berufe, nämlich den Druck, den die Minorität der Bemittelten und Bevorzugten auf die große Masse der Arbeiter übt. Das Kapital nicht allein, die Spekulation, welche oft auf die leichtsinnigste Weise mit Hilfe unseres Schweiges, unserer Kräfte zu ersterem gelangt und zum großen Theil schon gelangt ist, stempelt uns auf Lebenszeit zu willenlosen Werkzeugen der Geldmacht. Bei keinem andern Gewerbe mit wenigen Ausnahmen ist die Erlangung einer Selbstständigkeit so schwierig wie beim Bangewerke, ja, was das Traurigste bei der Sache ist: je älter ein Maurer oder Zimmerer ist, desto mehr muß er, trotz seiner reiferen Erfahrungen und Fachkenntnisse der Jugendkraft weichen. Ist nun auch die Zeit bald hinter uns, wo der Geselle vom Meister mit dem vertraulichen (?) Du angeredet, oft zum niedrigsten Knechtsdienst verwendet wurde; ist auch in manchen Orten durch Aufhebung der Meisterprüfung jedem andern intelligenten Manne die Aufführung von Bauten gestattet, dadurch wird die Konkurrenz nur gesteigert und die Löhne gedrückt und dem unbemittelten Arbeiter bleibt nur die Wahl, oft stundenweit der Arbeit nachzugehen und bei drückender Sonnenhitze, überhaupt jedem Witterungswechsel ausgesetzt, sein kümmerliches Dasein zu fristen, um nur für Einen ein besseres Dasein zu schaffen, nur Einen in kurzer Zeit zur Wohlhabenheit zu bringen.

Darum, Kameraden! Brüder! laßt uns zusammentreten zu einem großen Ganzen, um mit vereinten Kräften an der Verbesserung unserer Lage und der Abschaffung aller gemeinsamen Uebel zu arbeiten. Das Erstere wollen wir durch gegenseitige Unterstützung in allen Wechselfällen der Noth, Letzteres durch gemeinsames mannhaftes Entgegenkommen bei Bedrückungen aller Art, welche die gesellschaftlichen Mißverhältnisse hervorgebracht haben.

Demzufolge sind wir am hiesigen Orte am 25. Mai d. J. zu einer

Internationalen Gewerksgegnossenschaft der Maurer und Zimmerleute

zusammengetreten, ohne irgend welche Parteinahme. Das unterzeichnete Komitee ist beauftragt, einen Statutenentwurf auszuarbeiten, was mit möglichster Sorgfalt geschehen und welcher in nächster Zeit veröffentlicht werden soll.

Wir fordern daher alle Gewerksgegnossen auf, sich zusammen zu schaaren, zu organisiren, um baldigst in einem Congresse die Vereinbarung, Statutenberatung und die Wahl der Verwaltungsorgane vornehmen zu können. Eile thut Noth! Der Zeitpunkt ist günstig und das Interesse bereits überall erwacht.

Laßt uns daher, fern von allem Partei- und Nationalitätenhass, frei von partikularistischen Sonderinteressen einander als Brüder die Hand reichen zu gemeinsamem Handeln!

Dresden, den 1. Juni 1869.

Das Komitee der internationalen Gewerkschaft der Maurer und Zimmerleute:

Wilh. Ehregott Müller, (Maurer) Vorsitzender, wohnhaft kleine Frohngasse 5, parterre. Wilh. Adolph Wecke, (Zimmermann), Schriftführer. Böhm, Wende, Leonhardt, Weber, Große, Jakob, Reife, Hunger, Ludwig.

Büch, 30. Mai. Dem Aufruf zur Beschickung eines Congresses der Metallarbeiter behufs Gründung einer Internationalen Gewerksgegnossenschaft der Metallarbeiter wie er von den Nürnberger Kollegen ausgegangen ist, schließt sich der hiesige Internationale Berufsverband der Metallarbeiter hiermit an.

Morj, Präsident.

Pforzheim, 30. Mai. Dem „Arbeiterführer“ Dr. Max Hirsch wird eine Gänsehaut über den Nacken laufen, wenn er den Aufruf liest, welchen unser, auf Grund der Hirsch-Dunder'schen Statuten gegründeter Ortsverein der Gold-

arbeiter an sämtliche badische Arbeiter erlassen hat. In besagtem Aufruf werden die Arbeiter aufgefordert, eine Adresse zu unterschreiben an „Seine königliche Hoheit den Großherzog“, worin die Gewährung des allgemeinen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmgebung verlangt wird. Der Aufruf enthält Sätze, die stark sozialistisch gefärbt sind. So wird im ersten Satz des Aufrufs erklärt, daß die Arbeiter, „das machtlose Proletariat“, auf sich selbst gestützt vorgehen müssen. Man sucht zwar im zweiten Satz sich dagegen zu verwahren, daß die Arbeiter eine „besondere Klasse bildeten“, muß aber doch zugeben, daß „die Interessen der Arbeiter gegen die der übrigen Gesellschaft ganz andere sind“, und namentlich die Fabrikarbeiter bei der immer sich steigenden Großproduktion „in eine immer abhängiger Stellung gerathen“.

„Die freie Konkurrenz — das soziale Faustrecht — welches die Gewerbefreiheit in sich birgt, bringt es mit sich, daß sich nach und nach das Kapital nur in einzelnen wenigen Händen vereinigt, das Proletariat sich immer mehr vermehrt und der Lohn des Arbeiters immer weiter herabsinkt, so daß wir in manchen Gegenden unseres engeren Vaterlandes unsern Brüdern im Norden nicht mehr viel nachsehen. Dazu kommt noch, daß die Staatslasten durch die vielen indirekten Steuern zumeist auf dem Arbeiterstande lasten.“ So lautet wörtlich der dritte Satz des Aufrufs. Da muß ja dem Dr. M. Hirsch vor Schreck die Butter vom Brode fallen. Die freie Konkurrenz sei das „soziale Faustrecht“, so etwas schreibt ein Hirsch-Dunder'scher Gewerksverein? Fürwahr, es geschehen Zeichen und Wunder! Wenn so etwas am dünnen Holze geschieht, was soll da aus dem grünen werden? Und dann heißt es gar: „je mehr das Kapital in einigen wenigen Händen sich vereinigt, je zahlreicher wird das Proletariat und um so mehr sinkt der Lohn des Arbeiters!“ Also so weit geht die Regerei schon, daß sogar das „Naturgesetz“ von Angebot und Nachfrage in Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen als vom Uebel angesehen wird! Wir könnten noch ähnliche Proben eines unbewußten Sozialismus anführen, wir glauben indeß, dies genügt.

Der Aufruf wurde hervorgerufen durch die Circulation von drei andern Adressen, wovon zwei, die der katholischen Volkspartei und der demokratischen Volkspartei, Auflösung der Kammer und Einführung des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts verlangen, die dritte eine national-liberale Ergebnissadresse an den Großherzog ist. Leider hat auch eine kleine Zahl Arbeiter durch den Druck ihrer „Herren“ sich bestimmen lassen, die letztere Adresse zu unterzeichnen, sehr viele aber haben mit anerkennenswerther Entschiedenheit sich geweigert. Die National-Liberalen, die früher hier und in der Umgegend alles beherrschten, haben die Leute von dem von ihnen kultivirten Schwindel selbst kurirt. Erst ließen sie ihre Leithämmer, die Herren Kiefer u. Comp., hier große Reden halten für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, und als dieselben Herren dann nach 4 Wochen in Offenburg zusammenkamen, waren sie dagegen, weil sie fürchten, das Volk möchte dann sein Verdammungsurtheil gegen die Politik der Blunskli und Consorten aussprechen. — Der Ortsverein der hiesigen Goldarbeiter zählt an 2300 Mitglieder.

Nürnberg, 31. Mai. Wie Ihnen bekannt ist, wurde der „Nürnberger Anzeiger“ und unser Arbeiter-Bildungsverein wegen „Veröffentlichung eines Aufrufs zu einer verbotenen Sammlung“ für die Baseler Arbeiter, in Anklagestand versetzt. Das hiesige Stadtgericht erkannte auf Freisprechung. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und arbeitete eine Denkschrift aus, worin er des Langen und Breiten die Stellung des Arbeiter-Bildungs-Vereins zur Internationalen Arbeiterassoziation zu beleuchten versuchte. Der höchst mißlungene Versuch konnte jedoch nur dazu dienen, die Grundlosigkeit der Anklage zu beweisen und ist nun die Berufung verworfen, das freisprechende Urtheil bestätigt und die Deckung der Klagekosten der Staatskasse überwiesen worden. — Der national-liberale

"Bundestag" in Cassel, — die Delegiertenversammlung des Bourgeois-Bundes der sich Arbeiter-Bund nennt, — scheint gründlich Fiasco gemacht zu haben^{*)}. Die hiesigen Blätter „Kurier“ und „Fortschritt“, die in gemeinen Schimpereien im vergangenen Jahre gegen die Majorität des Nürnberger Arbeitertages den Münchener „Volks-Voten“ überboten haben, gaben sehr kleinlaut Bericht über den Casseler Bundestag, um ihre Lügen vom vorigen Jahr über die, wie sie es nannten durch die Volkspartei „erschlichenen“ Majorität nicht ans Licht kommen zu lassen. Mit der frechsten Ungehrlichkeit brachten sie damals erlogene Zahlen bei, um zu beweisen, daß die eigentliche Majorität hinter ihnen stünde. Wie sehr sie der Wahrheit ins Gesicht geschlagen, hat der Bundestag bewiesen.

Berlin, 27. Mai. In der am Sonntag Vormittag in der Tonhalle vom „Demokratischen Arbeiterverein“ veranstalteten Arbeiterversammlung, welche von mehr als 300 Personen besucht war, referierte der Vorsitzende des Vereins, Wille, in einstündiger Rede über die gegenwärtigen Arbeitseinstellungen, die Internationale Arbeiterassoziation und das Verhalten der belgischen Regierung bei den Vorgängen zu Seraing. Nach dem Referate über dieses Thema, welches den Lesern dieses Blattes genügend bekannt ist, schlug Wille folgende Resolution vor:

„Die Erkenntnis, daß die Arbeits-Einstellungen, so berechtigt und notwendig sie auch gegenüber unmenschlichen Lohnverhältnissen und den Arbeiter entehrenden Anforderungen sein mögen, nicht allein im Stande sind, die völlige Befreiung der arbeitenden Klasse von der Ausbeutung des Kapitals herbeizuführen; die Erkenntnis ferner, daß die Interessen der Arbeiter aller Länder die gleichen sind und die Erreichung ihrer Ziele nur durch ein brüderliches Band in allen Ländern ermöglicht werden kann, bestimmt die Versammlung, sich mit den Grundsätzen der internationalen Arbeiter-Assoziation einverstanden und den freien Volksstaat, also die Republik, als die notwendige Vorbedingung zur Lösung der sozialen Frage zu erklären.“

Es traten darauf die Herren Blund und Schmidt auf und verteidigten unter Bravo und Fischen die Fortschrittspartei und die Volkszeitung gegen die ihnen von Seiten des Referenten gemachten Vorwürfe, daß sie den faktisch bestehenden Streit zwischen Kapital und Arbeit wegläugnen und die Internationale verdächtigen.

Blund und Schmidt nahmen sich der Herren Schulze-Delisch und Dunder-Hirsch warm an und empfahlen den Arbeitern das Schulze'sche Radikalmittel: Bildung und das Hirsch-Dunder'sche Heilmittel: „Ausöhnung und Vermittlung“ auf Grund der Musterstatuten. Dagegen wandte Hepner ein, daß die „Bildung“ nicht sofort den materiellen Wohlstand herbeiführe, sondern höchstens zur Erkenntnis und Einsicht führe, daß das soziale Elend bestehe. Gerade die wirklich Gebildeten seien in materieller Hinsicht am elendesten gestellt. Beweis: Das gelehrte Proletariat. Wie „der volle Bauch nicht gern studiert“, so könne auch umgekehrt „der knurrende Magen für Bildung durch Wissenschaft keinen Sinn und keine Lust haben!“ Erst müsse der Arbeiter etwas im Magen haben und dann werde er sich „bilden“. — Was eine „Ausöhnung und Vermittlung“ nach Hirsch-Dunder'schen Musterstatuten ausrichten könne, das hätten die jüngsten Tage gelehrt. Viele der Berliner Materialwaarenhändler, welche sich schriftlich verpflichtet hatten, auf Grund jener Musterstatuten am Sonntag Nachmittag von 2 Uhr ab das Geschäft zu schließen, seien wieder davon zurückgetreten und noch mehr würden in Kürze den Rückfall bekommen. Es sei daher notwendig, daß der Staat durch ein Gesetz den Normalarbeitstag festsetze.

^{*)} Sehr gründlich. Um zu zeigen, in welchem Geist dieser „Bund“ geleitet wird, sei hier bloß bemerkt, daß eine der von dem Leitungsausschuß (Vorort) vorgelegten Resolutionen die Internationale Arbeiterassoziation den reaktionären Regierungen Europas denunziert, und die ebenso infame als stupide Bourgeoislüge enthält, die belgischen Arbeiter seien durch die Internationale Arbeiterassoziation dazu verführt worden, sich von den belgischen Soldaten — niederzulegen zu lassen!

Nachdem noch Dr. Meyerstein über verschiedene, das Thema nicht streng berührende Dinge gesprochen, entwickelte Aron in längerer vortrefflicher Rede die politische Seite des Themas, indem er die Republik als das letzte Ziel des Strebens jeder wahrhaften Demokratie hinstellte. Die politische Frage sei von der sozialen nicht zu trennen und die Lösung der einen ohne die andere nicht möglich. Einerseits könne man die Lösung der sozialen Frage vom jetzigen Staate, d. h. der Monarchie, und sei sie noch so freisinnig, nicht erwarten. Andererseits sei die Republik allein, ohne Lösung der sozialen Frage, nicht geeignet, uns etwas zu nützen. Beweis: Amerika und die Schweiz, wo die soziale Lage der Arbeiter ebenso elend sei, als bei uns. Unser Wahlspruch sei: Die Republik müsse die Produktionsverhältnisse umgestalten.

Die verschiedenen politischen Parteien betrachtend, kennzeichnete er besonders den sozialistischen Nationalliberalismus. Die beantragte Resolution ward nach 3ständiger Sitzung mit großer Majorität angenommen.

Die hiesige „Volkszeitung“ berichtet über unsere Versammlung:

„Wir unsererseits halten es für überflüssig, die gegen die Fortschrittspartei sowie gegen die Volkszeitung in der Debatte laut gewordenen, bei diesen Leuten üblichen Verläumdungen an dieser Stelle zu widerlegen. Der allen offenliegenden Thatsachen hohnsprechenden Behauptung des Vorsitzenden dieses sogenannten demokratischen Arbeitervereins gegenüber, daß die deutsche Fortschrittspartei mit dem gegenwärtigen Ministerium Kompromisse geschlossen habe, wollen wir aber mit unserer Meinung nicht zurückhalten, daß derartige Resolutionen, wie sie am Sonntag von einer winzigen Anzahl Personen gefaßt sind und die überspannten Reden, welche in der Volksversammlung gehalten worden sind, und die darauf abzielen, die Interessen der Arbeiter von der großen, gemeinsamen Aufgabe des deutschen Bürgerthums zu trennen, lediglich und direkt dem herrschenden System zu Gute kommen können. Indessen haben wir die Uebersetzung, daß die große Masse der intelligenten Berliner Arbeiter von diesen Ueberspanntheiten und Extravaganzen einiger Schreihälse sich nicht verlocken und zu bewußten oder unbewußten Bundesgenossen der Reaktion stempeln lassen wird.“

Nachdem also die Redaktion dieser biedern „Volks“-Zeitung sieben Monate lang vergeblich bemüht war, uns ganz todzuschweigen, verdächtigt sie uns jetzt bei ihren Lesern. Also eine veränderte Taktik. Aber auch nicht eine einzige unserer angeblichen „Verläumdungen“ führte die Volkszeitung wirklich an, weil sie sich dadurch nur compromittiren würde. Referent Wille kennzeichnete nämlich das Gebahren der Volkszeitung gegenüber jenem würdevollen Aufruf der Internationalen, welchen die Volkszeitung als „Brandchrift“ bezeichnet hatte und diese Bemertung des Referenten hat natürlich die Volkszeitung so außer sich und in Flammen gesetzt, daß sie uns aus Wuth und Rache zu „Bundesgenossen der Reaktion“ stempelt, wie sie es einst mit Ferdinand Lassalle gethan.

Wie lange noch wird dieses Hoforgan der Bourgeoisie den Volksgeist korrumpiren können?

Berlin, 2. Juni. Am Dienstag hatte der „Demokratische Arbeiterverein“ eine öffentliche, sehr zahlreich besuchte Versammlung, in welcher Liebknecht über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Rücksicht auf den Norddeutschen Reichstag sprach. Der Redner entwickelte, daß die sozialistische Bewegung reaktionär wirken müsse, wenn die Sozialisten nicht im strengsten demokratischen Sinne den politischen Vorkampf führen; daß der politische Kampf sich vor Allem gegen die preussische Regierung richten müsse; daß der Glaube, durch das allgemeine Stimmrecht unter dem jetzt herrschenden System etwas erreichen zu können, bloß geeignet sei, die Thatkraft der Arbeiter zu lähmen, und daß die sozialdemokratische Partei somit

von jeder Wirksamkeit im Norddeutschen Reichstag als einer zwecklosen Vergeudung der Kräfte abzusehen habe.

Den ausführlichen Bericht, welcher uns zugesandt worden ist, können wir erst in nächster Nummer mittheilen.

D. Red.)

Dresden, 1. Juni. Die Internationale Gewerkschaft der Bauarbeiter (Maurer, Zimmerleute u.) ist gegründet. Am vergangenen Sonnabend hielten wir hier eine Versammlung ab, an der sich ungefähr 500 Personen beteiligten. Herr Bebel aus Leipzig hielt einen Vortrag über Zweck und Wesen der Gewerkschaften und erntete dafür reichen Beifall. An den Vortrag knüpfte sich eine Debatte, an der eine ganze Reihe der Anwesenden sich beteiligte, und zwar sprachen sich sämtliche Redner für sofortiges eingreifen des Vorgehen aus. Schließlich wurde ein Comité aus 11 Personen gewählt, welches die weiteren Arbeiten in die Hand nehmen soll. In erster Linie wurde hierzu das Bureau, bestehend aus Herrn Müller als erstem Vorsitzenden, Herrn Böhme, zweitem Vorsitzenden, und Herrn Wette, Schriftführer, gewählt. Mit einer kräftigen und zu Herzen gehenden Ansprache forderte hierauf Herr Müller die Anwesenden auf, der Gewerkschaft beizutreten; das Resultat war, daß sich sofort 150 Mann einzeichneten und ihre Einschreibegelder bezahlten. Um 11 Uhr schloß der Vorsitzende die außerordentlich ruhig und taktvoll verlaufene Versammlung. Wir hoffen in ganz kurzer Zeit bedeutend zu wachsen, namentlich werden wir die um Dresden liegenden Dörfer, in denen die Hauptmasse unserer Kollegen wohnt, ins Auge fassen, dort Versammlungen abhalten und zum Beitritt aufmuntern.

Eisenberg im Altenburgerischen, 31. Mai. Gestern hatten wir hier ebenfalls eine Arbeiterversammlung, die von vielleicht 250 Personen besucht war, in der Herr Brockmann aus Gera einen Vortrag über die Arbeiterbewegung hielt. 31 Zeugmacher und 8 Fabrik- und Handarbeiter erklärten sich bereit, der Internationalen Gewerkschaft beizutreten, auch beschloßen ungefähr 20 anwesende Maurer und Zimmerleute bei ihrem Quartal, das nächsten Montag sein soll, ihre Kollegen zum Anschluß an die Internationale Gewerkschaft der Bauarbeiter aufzufordern.

Leipzig, 3. Juni. Wir sind heute in der Lage, über eine Skandal-Versammlung sonder Gleichen berichten zu müssen. Für gestern Abend hatte das Comité der „Internationalen Gewerkschaft der Metallarbeiter“ eine Metallarbeiterversammlung einberufen, und Hr. Bebel als Referent dazu eingeladen. Die Versammlung war von 5—600 Personen besucht, darunter aber auch viele Cigarrenmacher, Schneider und Zimmerleute von den Schweizerischen Arbeiterschaften. Der Zweck der Anwesenheit dieser Leute wurde bald klar. Hr. Jungmann eröffnete die Versammlung und forderte zur Wahl eines Vorsitzenden auf. Hr. Schmalz und Hr. Leineweber wurden vorgeschlagen, letzterer (Jassalleaner) erhielt dadurch die Majorität, daß die fremden Gewerke trotz der Einwendungen Hrn. Jungmanns für ihn stimmten. Hr. Leineweber erklärte unter lebhaften Protesten des Comités die Versammlung für eine allgemeine. Hr. Lufcher (Hagfeldter), von den Schweizerischen auf den Schild gehoben, wurde 2. Vorsitzender. Darauf nahm Hr. Beboldt, Schuhmacher, das Wort, und begründete, indem er vorgab, zur Geschäftsordnung zu sprechen, in längerer Ausführung, wobei er häufig von dem Ausruf „Zur Geschäftsordnung!“, „Schluß!“ unterbrochen wurde, eine Resolution, wozu Hr. Bebel laut Beschluß einer Arbeiterversammlung vom 19. März „unwürdig“ sein sollte, in einer Versammlung wieder zu sprechen. Beifall und lebhafter Widerspruch. Der Vorsitzende, der sich durch die größte Parteilichkeit auszeichnete, wollte ohne Debatte über den Antrag Beboldt's abstimmen lassen, allein Bebel protestierte und verlangte das Wort. Anfangs von den Jassalleanern heftig unterbrochen, mit Pfeifen, Rufen und einem hundartigen Gebrüll

begrüßt, konnte er endlich ausreden und verlangte Debatte über den Antrag, resp. für sich das Recht der Verteidigung. Es ist uns nicht möglich, den weiteren Verlauf der Versammlung zu schildern. Hr. Kiang, Literat, früher in Diensten der Gräfin Hagfeldt, seit 8 Tagen gutbezahlter „Agitator“ des Schweizerischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, unterstützte in heftiger Rede Hrn. Beboldt. Die Versammlung wurde schließlich so unruhig und tumultuarisch, die Eutrichtung über das freche Auftreten und die parteiische Handhabung der Ordnung durch den Vorsitzenden so mächtig, daß letzterer plötzlich die Versammlung schloß.

So war den Standalmachern zwar die Hintertreibung der Versammlung gelungen, gewonnen aber haben sie dadurch nichts. Nach der Versammlung traten sofort ungefähr 30 Metallarbeiter, Angehörige fast aller größeren Werkstätten und Fabriken zusammen und beschloßen, die Agitation mit aller Energie zu betreiben. Es wurden sofort die nöthigen Statuten und Aufrufe vertheilt und Listen angefertigt, die in den Werkstätten und Fabriken zur Unterschrift zirkulieren sollen. Bis Sonnabend den 12. Juni sollen diese Listen eingezogen werden und die Constatirung stattfinden. Ohne Zweifel wird die Betheiligung eine sehr zahlreiche.

Was übrigens der Vorsitzende Leineweber für ein Mensch ist, geht daraus hervor, daß in Nr. 61 des „Sozialdemokrat“ der Ortskassirer der Holzarbeiterschaft in Berlin öffentlich vor ihm warnet, und um Anzeige des Aufenthalts bittet, um ihn vor Gericht belangen zu können. Die hiesigen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins kannten diesen Steckbrief, ihr moralisches Gefühl regte sich aber über solche Kleinigkeiten hinweg. Den Literat Kiang betr., verweisen wir einfach auf sein früheres Blatt, die „Freie Zeitung“, welche ihm einen Nachruf widmet, der ihn zum würdigen Collegen Leineweber's stempelt.

Leipzig, 1. Juni. Unser hochweiser Stadtrath hält es für nothwendig, im „Tageblatt“ die feiernden Zimmergesellen auf die betreffenden Paragraphen des Gewerbegesetzes aufmerksam zu machen, wonach jeder moralische oder materielle Zwang zur Arbeitseinstellung mit Strafe bis zu 6 Wochen Gefängniß belegt wird. Eine ähnliche Bekanntmachung erließ vorige Woche die Gerichtsamtsbehörde der feiernden Cigarrenarbeiter wegen. Man will damit, behaupten die Einen, die Arbeiter vor unbedachtlichen Schritten warnen, Andere meinen, das sei eine gelinde Preffion und ein Einschüchterungsversuch gegen die Arbeiter, wenn man ihnen die Strafparagraphen unter die Nase hält.

Leipzig, 3. Juni. Die hiesigen Zimmergesellen haben die Arbeit nunmehr definitiv eingestellt. (S. oben.) Wir bitten die Parteigenossen, Beiträge entweder durch den Vorort oder direkt an A. Georg, Fregestr. 11 hier einzusenden. Zur Kennzeichnung der Art, wie die Meister kämpfen, dient, daß sie u. A. falsche Plakate anheften ließen, nach denen das Comité der Strikenden die Arbeit erlaubt habe! Ferner ist zu konstatieren, daß Zimmerleute aus dem Militär ausschließliche Verwendung werden! Die Gesellen haben beim Kriegsministerium energisch dagegen protestirt, hoffen wir: mit gutem Erfolg!

Briefkasten. Arbeiterbildungsverein Judenburg: Die 2 Guldenstempel reichen für 2 Quartale; Sie erhalten also die Nummern des ganzen laufenden und des nächsten Quartals (bis zum 1. Octbr.)

Bericht über den ersten Verbandstag der Sächsischen Consum-Vereine.

Preis 4 Mgr. In Partien 10% Rabatt. — Bestellungen an das Verbandsdirektorium in Leipzig.

Inhalt: 1. Geschäftsbericht der Centralstelle des Verbandes. 2. Verhandlungen des 1. Verbandstages. 3. Bericht über die mit dem 1. Verbandstag verbundene Waarenausstellung. 4. Sächsisches Genossenschaftsgesetz nebst Ausführungs-Verordnung. 5. Musterstatut für Consum-Vereine. 6. Statut des Verbandes Sächsischer Consum-Vereine.

Leipzig.

Druck und Verlag: F. Tzschel.
Expedition: Petersstraße 18.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebmacht
(Redaktion: Braustr. 11.)

Hierzu eine Beilage

Aufruf

der Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-
Gewerksgenossenschaft beiderlei Geschlechts
(Sitz Eßlingen a. N. in Württemberg)
an alle

**Weber, Tuch-, Buckst.- und Zeugmacher, Wirter und
Fasamentirer, Spinnerer, Appretur- und Färberei-Arbeiter,
Garn- und Waarendrucker und Affommodeure, sowie Fach-
verwandte und Hilfsarbeiter jeglicher Stellung.**

Arbeitsgenossen aller Länder!

Der Vereinstag deutscher Arbeitervereine hat im vorigen
Jahre zu Nürnberg durch die Mehrheit seiner Mitglieder den
Grundsatz der Internationalen Arbeiter-Association,

**„Daß die Befreiung und Selbstständigmachung der arbei-
tenden Klassen durch die Arbeiter selbst, und nur durch
diese, anzustreben sei“** —

zu dem seinigen gemacht. — Wie wir durch unsere damaligen
Vertreter unser überzeugungsfestes Ja dazu gesprochen haben,
daß wir diesen Satz als richtig anerkennen und ihn wahr
machen wollen, so haben wir bei Einberufung eines Congresses
unserer Berufsgenossen nach Leipzig (zu Pfingsten) den ersten
Schritt vom Wort zur That gemacht. Die Gründung eines
Verbandes unserer Arbeits- und Leidens-Gefährten ist in den
verfloffenen Pfingsttagen zu Leipzig beschloffen worden, — eines
Verbandes, durch den uns die Mittel gesichert werden können,
um neben all dem vielfach Versuchten und Ergriffenen zur
Besserung unserer Lage einen nachhaltigen Schutzdamm für
unsre Klassen-Interessen und unsre Ehre aufzurichten.

Wie unsre Noth und unsre Leiden allerwärts meist von
denselben Ursachen herrühren, so dürfen auch die Mittel zu
deren Bekämpfung und Beseitigung, wenn sie wirksam sein
sollen, keine getheilten sein, und indem wir in der neu-
begründeten „Internationalen Manufaktur- und Handarbeiter-
Gewerksgenossenschaft beiderlei Geschlechts“ den weitesten Raum
zur Betheiligung der Berufsgenossen ohne Unterschied von
Sprache und Lebensstellung gegeben haben, dürfen wir
erwarten, daß unser Ruf genügen werde, um Euch zu Tausen-
den in unsere Reihen zu führen.

Der Grundgedanke unserer Vereinigung ist: dem bitter-
sten Feinde, der Noth durch Arbeitslosigkeit, mit all
ihren traurigen Folgen in erster Linie abwehrend zu be-
gegnen und ihn überall muthig anzugreifen, wo er als
Drohung gegen die Ehre und das Recht der bedrängten Arbeit
auftreten sollte.

Die Opfer, die wir uns zur guten Stunde dazu auf-
erlegen müssen, sind unerlässlich und auf dem Leipziger Congress
genau bemessen worden, damit es auch dem Ärmsten möglich
werde, sich uns anzuschließen. Je stärker Eure Betheiligung,
desto leichter werden die Lasten, desto geachteter wird unser
Wille sein! Nahezu an 4000 Köpfe haben sich auf dem Con-
gress vertreten lassen, von annähernd ebensoviele ist uns der
sichere Beitritt in Aussicht gestellt. Beachten wir indeß, daß
sich in unseren Reihen die bitterste Armuth, die sprichwörtliche
„Webernoth“, thatsächlich heimisch gemacht hat und Tag für
Tag steigert. Denkt an den Mülseiner Grund, an die
Fasamentire von Geyer, an die Spizen-
klöppler im Erzgebirge, an die Bandweber von Basel! —
und wir müssen uns angetrieben fühlen, so weit unsere
Kräfte reichen, für die gemeinsame Sache einzutreten, Säu-
mige aufzumuntern, Unklare zu klären, Zuwachs zu werben.
Unser bündig gehaltenes Statut bietet Jedem Weisung und
Anhalt zur Aufklärung und zur Organisation neuer Mitglied-
schaften.

Wo irgend eine solche sich gebildet hat, da entsende sie
ihren Werber in die Runde; jeder Einzelne fühle sich be-
rufen, nicht nur mit seiner eigenen Person einzutreten, son-
dern auch weiteren Anhang zu schaffen, dann werden unsere
Kräfte erstarken und ausdauern, unsere Thaten Bestand haben.
Mitglieder unsres Verbandes, deutsche Arbeitsgenossen

beiderlei Geschlechts, an Euch ist es zunächst, auf den Kampf-
platz zu treten. Nur im Vertrauen auf Eure bewährte Aus-
dauer und Treue haben wir die Führung für das erste Jahr-
jahr unsres Werkes zu übernehmen gewagt!

Niemand weiß, wann die Noth bei ihm angeht, wann
Krankheit und Unglück über ihn kommen, — an Euren Verstand,
an Euer Herz zugleich, Ihr ledigen und freien Arbeiter und
Arbeiterinnen, an Euer Gewissen, Ihr Familienväter und
Mütter, laßt unsre Worte dringen. Laßt sie nicht ungehört!
Ihr sinkenden Kleinhandwerker, wählt, wo Ihr hingehört, wo
Eure Existenz noch gegen die Concurrenz des Großkapitals
Schutz findet!

Und wie wir Euch Alle hiermit zur That ermahnen und
begeistigen wollen, so sind wir auch jeden Augenblick bereit,
mit Muth und Ueberlegung Alles für Euch aufzunehmen, was
Ihr uns als Ehren-Arbeit auferlegt. Der geistige Verkehrs-
Ort, den der Congress vorläufig für uns gewählt hat, „das
Demokratische Wochenblatt zu Leipzig“, wird uns in
stetiger Fühlung erhalten. Pflegen wir unser Organ, verbreiten
wir es eifrig, als den Mittelpunkt unsres Sinnes und Schaf-
fens, als unsern Dolmetscher nach allen Seiten hin!

Im „Demokratischen Wochenblatt“ werden wir Euch jeder-
zeit Nachricht und Rechenschaft über unsre Arbeiten geben, wer-
den wir einen Arbeitsmarkt für unsre verschiedenen Branchen
zu eröffnen suchen; die befreundeten Blätter der verschiedenen
Länder und Zungen werden uns brüderlich zur Seite sein. —
Gewerksgenossen! Trachtet darnach, daß Ihr nicht länger mit
den Arbeitsgesuchen, deren Zahlung Ihr Euch am Munde
abdarbt, die gegnerische Presse mästen müßt; helft unser
Organ in die Reihe der gelesesten Blätter empor-
heben, daß unser Wille ungefälscht kund werde und unsre
Rechte zu Gehör aller Welt gelangen. In der Presse, wie in
öffentlicher Versammlung, (vor Volkstribunalen) fordert
die Dränger und Feinde auf, zu Rede und Gegenrede; Offen-
heit und Wahrheit, Mäßigung und Gerechtigkeit seien
Eure Waffen und Euer Schild! Dessen aber bleibt immer
eingedenk, daß kein Recht ohne Pflicht, keine Pflicht
ohne Recht sein soll! Wir bauen auf Eure Schultern mit
der Zuversicht rechtsbewußter Kämpfer; einmüthig handelnd
und ausdauernd, wird unser gutes Recht, unsre Armuth, nicht
zum Spotte der Gegner werden; unser Wirken und Streben
wird uns die zweifelhaften und getäuschten Berufsgenossen so
sicher zuführen, als es unsrem Werke Leben und Achtung, eine
heilbringende Zukunft bereiten wird.

Vorort: Crimmitschau i. Sachsen, 26. Mai 1869.

**Die Internationale Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-
Gewerks-Genossenschaft.**

Jul. Motteler erster Vorsitzender.
H. E. Müller zweiter

Wir richten hiermit an sämtliche Mitgliedschaften das
Ersuchen, uns sofort die Namen und Adressen der nach § 20
der Statuten zu wählenden Beamten, also: eines Bevollmäch-
tigten, eines Beitragsammlers und eines Controleurs anzu-
zeigen. Name und Adresse desjenigen, bei dem die Wander-
unterstützung ausbezahlt werden soll, ist ebenfalls mitzutheilen.
Kann die Wanderunterstützung nur innerhalb bestimmter Stun-
den am Tage erhoben werden, so ist dies ausdrücklich in der
Anzeige zu bemerken. Ferner ist uns die Zahl der Karten,
Statuten und Mittheilungsbücher anzugeben, die jeder Ort
braucht, auch sind innerhalb 14 Tagen die vorläufigen Mit-
gliederlisten einzureichen.

Alle Briefe und Einsendungen sind an den Unterzeich-
neten, alle Gelder an den Hauptkassirer Ernst Stehfest hier-
selbst einzusenden.

Crimmitschau, 29. Mai 1866.

Für den Verwaltungsrath:
Jul. Motteler.

Weiße Sklaven.

Man schreibt uns: „Daß in unserm civilisirten Sachsen ebenfalls gemüthlich geprügelt wird, davon ein Beispiel, welches sich in letzterer Zeit auf dem Freigut Striebsa bei Dschatz zugetragen hat.

Ein beim Besitzer Kennert in Dienst stehender Knecht ward von Ersterem in Folge eines unbedeutenden Versehens dermaßen mit der Keitgerte traktirt und das Auge bei dieser Exekution so schlimm verletzt, daß er nothgedrungen sich andern Tags in die, eine halbe Stunde entfernt liegende Stadt Dschatz begeben mußte, um sich einen Arzt zu suchen. Gleichzeitig wollte er einen Advokaten nehmen, der ihm zu seinem Recht verhelfen und bewirken sollte, daß seinem noblen Herrn die Heilkosten nebst Entschädigung zuerkannt würden.

Aber hier hatte sich der arme Knecht gründlich verrechnet. Er klopfte bei diesem und jenem Advokat und Arzt an, erzählte jedem seine traurige Lage — aber keiner wollte, obgleich sie seinen Zustand für sehr bedenklich hielten, sich seiner annehmen, indem diese Herren sich das Mißfallen des Herrn Kennert nicht zuziehen wollten; derselbe hat nämlich in dortiger Gegend ein bedeutendes Jagdgebiet, und es wäre doch gar zu schlimm gewesen, dann nicht mehr zur Jagd eingeladen und in den sonstigen Freundschaftsbezeugungen beeinträchtigt zu werden!

Der hilflose Mann trat nach langem, vergeblichem Umherjuchen den Rückweg an, mit dem Bewußtsein, daß er nirgends Beistand bekäme. Um eine Kleinigkeit zu kaufen, begab er sich in einen Kaufladen; sein Aussehen fiel auf und man fragte ihn, warum er das Gesicht verbunden habe, worauf er den ganzen Vorgang erzählte. Der Ladeninhaber und noch mehrere Anwesende waren so empört, daß sie augenblicklich auf Mittel sann, dem armen Menschen zu helfen. In diesem Augenblick ging ein Militärarzt der dortigen Garnison vorbei, und die Leute machten den Knecht auf diesen menschenfreundlichen Mann aufmerksam. Der Knecht ging hinaus und erzählte dem Arzte die Sache, worauf dieser mit dem Mißhandelten sofort in seine Behausung sich begab und ihm versprach, weitere Schritte in der Angelegenheit zu thun.

Es wäre zu wünschen, daß die Namen der sauberen Herren Aerzte und Advokaten, die dem Mißhandelten ihre Dienste verweigerten, der Öffentlichkeit übergeben würden. Eine wahre Schmach wäre es aber, würde Herr Kennert nicht vor die Schranken des Gerichts gezogen. D. Red.)

Bücherchau.

Der Anschluß Süddeutschlands an die Staaten der preussischen Hegemonie; sein sicherer Untergang bei einem französisch-preussischen Kriege. Mahnung an alle Patrioten. Mit wissenschaftlichen Gründen dargethan von einem deutschen Offizier. (Arkolay.) Motto: Such' nur die Menschen zu verwirren! Sie zu befriedigen, ist schwer! (Goethe.) Zürich. Verlags-Magazin. 1869. 58 Seiten.

Was nützt es, Leuten, die nur an die Gewalt glauben, von Moral zu predigen? Moral, Ehre, Gewissen, Freiheit, Humanität, Recht, — alles das ist ihnen nur Phrase, wenn es ihnen von Seiten Derer vorgehalten wird, die das Jahr 1866 mit seinen „herrlichen Thaten“ für das größte Verbrechen halten, das je an Deutschland und in Deutschland begangen wurde. Alles das prallt von der marmornen Brust der Machtanbeter zurück und erregt ihnen höchstens endlose Heiterkeit! Nein, wer sie widerlegen will, wer ihnen beweisen will, daß ihre Moral unmoralisch, ihre Ehre ehrlos, ihr Gewissen gewissenlos, ihr Recht die Rechtlosigkeit, ihre Humanität Barbarei und ihre Freiheit die Knechtschaft ist, — der muß in ihrer Sprache mit ihnen reden, in der Blut- und Eisen-

Sprache, — der muß ihnen zeigen, daß sie gerade das, wonach ihr ganzes glühendes Streben ging, wonach sie so verzweifelt rannten, neben sich Alles im Stich lassend, daß sie gerade Das auch nicht erreicht haben! Das Schattenbild, nach dem die Großpreußen jagten, war die „Macht.“ Die Klugen, die oben stehen, wissen seit der Luxemburger Schmachgeschichte bereits, daß von „Machtzuwachs“ keine Rede ist. Aber das Volk hat es noch nicht gewußt. Im Nordbund und in Süddeutschland, ja selbst in Oesterreich, giebt es noch sehr viele Michel, die ehrlich glauben, durch die Nezeleien von 1866 habe Deutschland wenigstens nach Einer Seite hin an Macht und Sicherheit zugenommen, nämlich im Norden; und der Süden habe eigentlich doch nicht so sehr viel, diesem Vortheil gegenüber, verloren, da ihn der starke Freund im Norden, wenn etwa Gefahr von Frankreich her drohen sollte, schon ebenfogut beschützen werde, als früher.

Da ist es nun das Verdienst Streubel's, eines freidenkenden großdeutschen Offiziers, unter dem Namen Arkolay, die Frage des Anschlusses Süddeutschlands an den Nordbund untersucht und in einer zugleich wissenschaftlichen und populären Weise dem ganzen Volke verständlich dargestellt zu haben.

Das Ergebnis seiner Untersuchung ist die Thatsache, daß besagter Anschluß bei einem französisch-preussischen Kriege der sichere Untergang Süddeutschlands wäre.

Damit hat Arkolay den Lobrednern der Gewalt und des erobernden Preuenthums eine Wunde geschlagen, die nie wieder vernarben wird! „Die studirte Kriegskunst, sagt er sehr richtig in der Einleitung, ist gar nicht so schlecht. . . . Es war nur der Fehler, daß sie seither einzig dem Interesse der Dynastien diene, daß sie fast nie herübertrat auf die Seite des freien Denkens, auf die Seite des Volks.“

Arkolay, auf die Seite des Volkes sich stellend, kritisiert zunächst das Treiben der „Nationalen“ und konstatiert, daß dieselben, obwohl ganz und gar unvermögend, den Anschluß an den Nordbund durch ihr komisches Drängeln, Leitartikeln und Resolutionenfassungen durchzusetzen, dennoch die schon durch das bloße Dasein des Nordbunds an sich vorhandenen permanenten Kriegsgefahren ganz überflüssiger Weise vermehren. Der Schutz des deutschen Bundes hat aufgehört. Die Südstaaten sind bei eintretenden Verwicklungen seit Auflösung des Bundes politisch vogelfrei; sie sind nur so weit sicher, als ihre politische Macht reicht. „Aber Preußen?“ „Preußen, sagt Arkolay, wird bei einem Konflikt mit Frankreich jedenfalls einen harten Stand haben. Es wird ihm, noch dazu an der Spitze des Despotismus, nicht leicht werden, ganz Deutschland aufzurufen gegen das nämliche Ausland, welchem der Nordbund zu einem großen Theil sein Bestehen verdankt, und welches vor nur wenig Jahren die Aeltern derselben (kaum ohne Aussicht auf gute Gebühren!) feierlich zu — — Biarritz traute!

„Wir haben viel auszusagen an Preußen und an seinem Thun. Gleichwohl wünschen wir ihm in einem Kampfe gegen Frankreich den Sieg, wäre es auch nur deshalb, weil dann der Schüler im Despotismus seinen Meister besiegte, und weil so ein Sieg bei der heutigen Lage Europa's ganz gewiss andere Folgen hätte, als Herrn von Bismarck angenehm sein könnte.

„Allein mit diesem Wunsch ist noch lange nicht bewiesen, daß es siegen werde, noch weniger, daß der deutsche Süden einen solchen Zusammenstoß provoziren*) müsse, wie es die „Nationalen“ zu erstreben scheinen.“

(Schluß folgt.)

*) Heransfordern.